

Die Debatte über den Umgang mit der Pandemie muss zurück ins Parlament

Der Erhalt unserer Freiheit erfordert erhöhte Achtsamkeit. Sie ist in Gefahr. Was wir brauchen, ist mehr Vernunft und eine Stärkung der Parlamente.

Hans F. Bellstedt

13.03.2021 | 13:09 Uhr

Im Jahr 1984 eroberte die britische Band „Frankie goes to Hollywood“ mit einem Album die Spitze der Charts, welches das hedonistische Zeitgefühl ihrer Generation mit Wucht auf die Tanzböden schleuderte: „Welcome to the pleasuredome“, willkommen im Tempel der Lust. Dicht an dicht, im Schweiß ihrer ekstatisch zuckenden Körper, huldigte die Jugend in den Clubs von Soho dem hämmernden Sound der in Liverpool gegründeten Punk-Formation. Einzig das grelle Vergnügen zählte zu jener Zeit, in der das Tempo kein Limit und die Nacht kein morgen kannte – bis das Humane Immundefizienz-Virus, auch Aids genannt, dem Rausch ein jähes Ende bereitete. Vorbei war es mit der ungehemmten Leichtigkeit - der Kater schmeckte bitter, der Tod stand im Raum. Alle Vergleiche hinken, und doch stehen wir heute an einem ähnlichen Punkt. Noch Anfang 2020 wähten wir uns in einem Zeitalter, das keine Grenzen mehr kannte: Wir konnten reisen, wohin wir wollten, essen und trinken, wonach uns der Sinn stand, und maximale Nähe zu unserem Gegenüber suchen. Wir drückten jede Hand, badeten in der Menge und quetschten uns in Busse und Bahnen. Alles schien erlaubt – bis ein bis dahin unbekanntes Virus seinen teuflischen Feldzug antrat. Rund 116 Millionen Menschen haben sich seither weltweit mit Corona infiziert, fast 2,6 Millionen mussten ihr Leben lassen.

Um dem weiteren Wüten des Virus Einhalt zu gebieten, hat die Politik das Kostbarste unter Beschlag genommen, was unsere staatliche Ordnung zu bieten hat: die Freiheit. Unsere Freizügigkeit, die Unverletzlichkeit der Wohnung wie auch die Freiheit, einen Beruf auszuüben, sind derzeit auf massive Weise eingeschränkt. Eine „demokratische Zumutung“ nennt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) diesen Zustand. Und in der Tat: Wenn ein ganzes Volk im Stubenarrest verharrt, wirkt Karl Poppers „offene Gesellschaft“ wie außer Kraft gesetzt. Entsprechend lauter werden deshalb die Rufe derjenigen, die nicht länger bereit sind, ihre individuelle Freiheit dem Gebot der körperlichen Unversehrtheit unterzuordnen. Aber was verstehen wir eigentlich unter Freiheit? Geht es tatsächlich darum, möglichst rasch in eine Welt des bedenkenlosen Feierns und Konsumierens zurückzukehren - Berghain, wir kommen?

Die Frage verlangt danach, sich mit dem Ursprung unseres westlichen Freiheitsbegriffs auseinanderzusetzen. So focht Martin Luther bereits 1520 für die „Freiheit eines Christenmenschen“. 1689 besiegelte die „Glorious Revolution“ in England das Ende des königlichen Gottesgnadentums. Charles de Montesquieu definierte 1748 in seinem „Geist der Gesetze“ die Grundzüge der Gewaltenteilung. Daran angelehnt, postulierten die 13 britischen Kolonien in Nordamerika 1776 in ihrer Unabhängigkeitserklärung das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück („life, liberty and the pursuit of happiness“) als unveräußerliche Rechte. In der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die französische Nationalversammlung im August 1789 schließlich sieht der Berliner Historiker Heinrich August Winkler die „politische Summe der Aufklärung“.

Gerade der Verweis auf die Aufklärung führt aber zu der zentralen Erkenntnis, dass Freiheit keineswegs bedeutet, dass ein jeder tun und lassen kann, was er will. Vielmehr impliziert Freiheit als philosophische Kategorie immer auch Verantwortung, Rücksichtnahme und sogar Beschränkungen. So verlangt Immanuel Kant in seinem Kategorischen Imperativ, stets nach derjenigen Maxime zu handeln, „durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“. Ein rücksichtsloses, nur auf den eigenen Vorteil bedachtes Handeln scheidet damit aus. Adam Smith, schottischer Nationalökonom, warb in seiner „Theorie der ethischen Gefühle“

Berliner Zeitung

1759 dafür, dass jeder Mensch immer auch Anteil am Schicksal seiner Mitmenschen nehmen möge. Ohne diese „fellow feelings“ könne eine verfasste Gesellschaft auf Dauer nicht prosperieren. Und John Stuart Mill schrieb 1859, dass es genau einen Zweck gebe, „um dessentwillen man Zwang gegen den Willen eines Mitglieds einer zivilisierten Gemeinschaft rechtmäßig ausüben“ dürfe, namentlich „die Schädigung anderer zu verhüten“.

Maßstab für unser Handeln unter Corona-Bedingungen hat demnach zu sein, ob es geeignet ist, die Schädigung anderer zu verhüten. Zwar schließt dies keineswegs aus, dass wir unsere Freiheiten sukzessive zurückerhalten. Gleichwohl muss Freiheit sehr viel stärker als bislang an Verantwortung und auch an Solidarität geknüpft sein. So werden wir beim Besteigen eines Flugzeugs künftig, um Mitreisende keinem Risiko auszusetzen, Testergebnisse oder einen Impfpass vorzeigen müssen. Abstandsregeln im öffentlichen Raum werden dauerhaft einzuhalten sein, während vor dem Einkaufen erst einmal ein Terminfenster gebucht wird. Um der Pandemie Herr zu werden, werden wir sehr viel umsichtiger agieren, mehr Achtsamkeit gegenüber Mensch und Natur an den Tag legen müssen. All diese Restriktionen vertragen sich kaum mit der Sehnsucht vieler Menschen, es „mal wieder richtig krachen zu lassen“. Diesen Menschen muss gesagt werden: Die Zukunft der Freiheit besteht im Respekt vor der Vernunft.

Diese Ausrichtung unseres Handelns an der Vernunft wird aber nur unter einer entscheidenden Voraussetzung gelingen: Wir müssen die politische Debatte über den Umgang mit der Pandemie in die Parlamente zurückholen. Derzeit entscheiden die Bundeskanzlerin und die Chefs und Chefinnen der Bundesländer alle paar Wochen darüber, ob und wie es weitergeht mit den freiheitsbeschränkenden Maßnahmen. Demokratietheoretisch ist dieser Zustand hochproblematisch. Was es jetzt braucht, sind selbstbewusste, mündige Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich ihre Rolle als gesetzgebende Instanz zurückholen. Das Aushandeln künftiger Maßnahmen muss im Deutschen Bundestag, nicht auf Videokonferenzen erfolgen. Nur dann wird es gelingen, die Bevölkerung für ein Regime der Vernunft zu gewinnen – und nur dann werden die Tempel des Vergnügens eines Tages wieder zum Tanz einladen.

Der Autor ist Unternehmer und Lehrbeauftragter für Politische Kommunikation an der TU Berlin.